

Inflation und Klassenkampf

Der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson über die Inflation und den Plan der Fed, die Inflation mit Lohnsenkungen und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen: Eine Depression ist im Anmarsch.

30. Juni 2022 | Benjamin Norton (Transkript)

Benjamin: Hallo zusammen, hier ist Ben Norton, und Sie sehen oder hören gerade den Multipolarista-Podcast. Ich habe das Privileg, einen meiner Lieblingsgäste zu haben, Michael Hudson, einen der größten Wirtschaftswissenschaftler der Gegenwart.

Wir werden über die Inflationskrise sprechen. Das ist eine Krise auf der ganzen Welt, aber besonders in den USA, wo die Inflation bei über 8 Prozent liegt. Und das hat eine Menge politischer Probleme verursacht. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie neben anderen Faktoren die Niederlage der Demokraten bei den Zwischenwahlen im November verursachen wird.

Und wir haben gesehen, dass die Reaktion der US-Regierung und der führenden Wirtschaftswissenschaftler in den USA im Wesentlichen darin besteht, die Inflation auf die Löhne, die niedrige Arbeitslosigkeit und die arbeitenden Menschen zu schieben.

Wir haben gesehen, dass der Vorsitzende der Federal Reserve, Jerome Powell, gesagt hat, dass die Inflation durch angeblich zu hohe Löhne verursacht wird. Wir haben auch gesehen, dass der Top-Ökonom und ehemalige Beamte der Clinton-Regierung Larry Summers behauptet hat, dass die Lösung für die Inflation in der Erhöhung der Arbeitslosigkeit liegt, möglicherweise auf bis zu 10 Prozent.

Heute habe ich den Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson zu Gast, der diese Art von neoliberaler Schlangenöl-Ökonomie schon seit vielen Jahren anprangert. Und Professor Hudson hat gerade einen Artikel veröffentlicht, über den wir heute sprechen werden. Sie finden ihn auf seiner Website: michael-hudson.com. Er trägt den Titel [The Fed's Austerity Program to Reduce Wages](#) (Das Sparprogramm der Fed zur Senkung der Löhne), und ich werde Professor Hudson die wichtigsten Punkte seines Artikels zusammenfassen lassen.

Herr Professor Hudson, wie immer ist es ein Vergnügen, Sie hier zu haben. Können Sie auf die Entscheidung der Federal Reserve eingehen, die Zinssätze um 0,75 Prozent zu erhöhen? Das hört sich nicht nach viel an - es ist weniger als 1 Prozent – aber das war die größte Zinserhöhung seit 1994. Und jetzt gibt es bereits Berichte, dass es eine Depression geben wird. Der Vorsitzende der Fed macht dafür die Löhne verantwortlich. Können Sie auf die Position der Fed und die Inflationskrise in den USA eingehen?

Michael Hudson: Für die Fed gibt es nur zwei Dinge, die sie tun kann: erstens den Diskontsatz, den Zinssatz, erhöhen und zweitens 9 Billionen Dollar für den Kauf von Aktien, Anleihen und Immobilienhypotheken ausgeben, um die Immobilienpreise zu erhöhen und das Vermögen der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung zu vergrößern.

Für die reichsten 10 Prozent, insbesondere das eine Prozent, ist nicht nur die Inflation ein Problem der Löhne; jedes Problem, das Amerika hat, ist das Problem, dass die Arbeiterklasse zu viel Geld

verdient. Und wenn Sie ein Arbeitgeber sind, ist das das Problem: Sie wollen Ihre Gewinne steigern. Kurzfristig gesehen steigen die Gewinne umso mehr, je mehr man die Arbeitskräfte unter Druck setzen kann. Und die Art und Weise, Arbeit zu verdrängen, besteht darin, das zu vergrößern, was Marx die Reservearmee der Arbeitslosen nannte.

Man braucht Arbeitslosigkeit, um zu verhindern, dass die Arbeit den größten Teil des Wertes dessen, was sie produziert, erhält, so dass die Arbeitgeber den Wert erhalten und ihn an die Banken und die Finanzmanager zahlen können, die die Unternehmensindustrie in den USA übernommen haben.

Sie haben erwähnt, dass die US-Notenbank die Inflation auf den Faktor Arbeit zurückführt, aber das ist nicht die Meinung von Präsident Biden, der die Inflation immer wieder als ‚Putin-Inflation‘ bezeichnet. Und natürlich meint er damit, dass die Sanktionen, die Amerika gegen Russland verhängt hat, zu einer Verknappung der Exporte von Öl, Gas, Energie und Lebensmitteln geführt haben.

Wir befinden uns also tatsächlich in der Biden-Inflation. Und die Biden-Inflation, die Amerika erlebt, ist im Grunde das Ergebnis der amerikanischen Militärpolitik, der Außenpolitik und vor allem der Unterstützung der Demokratischen Partei für die Ölindustrie, die der mächtigste Sektor in den USA ist und die die meisten Sanktionen gegen Russland lenkt, und des nationalen Sicherheitsstaates, der Amerikas Macht auf seine Fähigkeit gründet, Öl zu exportieren oder den Ölhandel aller Länder zu kontrollieren und landwirtschaftliche Produkte zu exportieren.

Das, was wir gerade erleben, ist also nicht nur ein innenpolitisches Problem, bei dem die Lohnempfänger höhere Löhne fordern – die sie ja nicht gerade bekommen; der Mindestlohn wurde ja nicht erhöht –, sondern man muss das in den Kontext des gesamten kalten Krieges stellen, der im Gange ist. Die gesamte Konfrontation der USA und der NATO mit Russland war, wie Sie und ich bereits sagten, ein Geschenk des Himmels für die Ölindustrie und die Agrarexporteure.

Das Ergebnis ist, dass der US-Dollar gegenüber dem Euro, dem Pfund Sterling und den Währungen des globalen Südens an Wert gewinnt. Nun, im Prinzip sollte ein steigender Dollar die Preise für Importe niedrig machen. Es ist also etwas anderes am Werk.

Und das liegt natürlich daran, dass die Ölindustrie ein Monopol ist, dass die meisten der gestiegenen Preise im Grunde das Ergebnis einer Monopolisierung sind, im Falle von Lebensmitteln durch Vermarktungsfirmen wie Cargill und Archer Daniels Midland, die den Landwirten die meisten Ernten abkaufen.

Die Ironie besteht darin, dass die Landwirte immer weniger für ihre Ernte bekommen, während die Lebensmittelpreise neben den Ölpreisen der wichtigste Faktor für den Preisanstieg sind. Und dennoch steigen die Kosten der Landwirte – für Düngemittel, Energie und andere Betriebsmittel –, so dass Archer Daniels Midland und die Lebensmittelmonopole der Händler enorme Gewinne machen, während die Ölindustrie und natürlich auch der militärisch-industrielle Komplex enorme Gewinne erzielen.

Wenn man sich also ansieht, was im gesamten Weltwirtschaftssystem passiert, kann man erkennen, dass diese Inflation konstruiert ist. Und die Nutznießer dieser Inflation sind ganz sicher nicht die Lohnempfänger, beim besten Willen nicht.

Aber die Krise, die die Biden-Politik verursacht hat, wird den Lohnempfängern angelastet und nicht der Außenpolitik der Biden-Administration und dem Krieg zwischen den USA und der NATO zur Isolierung Russlands, Chinas, Indiens, des Iran und Eurasiens im Allgemeinen.

Benjamin: Professor Hudson, ich möchte über die Erhöhung der Zinssätze durch die Fed sprechen. Das hat viel Aufmerksamkeit erregt, obwohl es sich um 0,75 Prozent handelt, was nicht so viel ist. Aber sie wird natürlich einen großen Einfluss auf die Wirtschaft haben. In Ihrem oben erwähnten Artikel sprechen Sie von der „Junk-Economy“ der Fed und sagen, dass die Idee hinter der Anhebung der Zinssätze um 0,75 Prozent darin besteht:

Die Anhebung der Zinssätze wird die Inflation heilen, indem sie die Kreditaufnahme für die Grundbedürfnisse, die den Verbraucherpreisindex und den damit verbundenen BIP-Deflator ausmachen, verhindert. Die Banken finanzieren jedoch kaum Konsum, abgesehen von Kreditkartenschulden, die inzwischen geringer sind als Studienkredite und Autokredite. Die Banken vergeben Kredite fast ausschließlich für den Kauf von Immobilien, Aktien und Anleihen, nicht für Waren und Dienstleistungen.

Sie argumentieren also, dass eine der Auswirkungen darin besteht, dass die Eigenheimquote in den USA zurückgehen wird. Sie stellen fest, dass die Wohneigentumsquote seit 2008 rückläufig ist.

Können Sie diese Argumente näher erläutern? Welche Auswirkungen wird die Erhöhung der Zinssätze durch die Fed haben?

Michael Hudson: Nun, um einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften zu erlangen, den man braucht, um bei der Fed oder im Council of Economic Advisors zu arbeiten, muss man an den Universitäten Wirtschaftskurse belegen, und in allen Lehrbüchern steht genau das, was Sie mir unterstellt haben.

Es wird so getan, als ob die Banken tatsächlich eine produktive Rolle in der Gesellschaft spielen, indem sie das Geld für die Fabriken bereitstellen, um Maschinen zu kaufen, Anlagen zu bauen, Forschung und Entwicklung zu betreiben und Arbeitskräfte einzustellen; und dass das Geld, das die Banken schaffen, irgendwie für die industrielle Wirtschaft verliehen wird, und dass das die Unternehmen in die Lage versetzt, mehr Geld zu verdienen, das sie für Arbeitskräfte ausgeben; und natürlich, wenn sie mehr Geld für Arbeitskräfte ausgeben, unterstützt das die Preissteigerung, da die Reservearmee der Arbeitslosen aufgebraucht ist.

Aber das ist alles eine Fiktion. Die Lehrbücher wollen nicht sagen, dass die Banken gar keine solche produktive Rolle spielen. Und die Unternehmen tun nicht, was in den Lehrbüchern steht.

Wenn Sie sich die Bilanz und die Statistiken der Federal Reserve ansehen, die sie jeden Monat veröffentlicht, werden Sie sehen, dass 80 Prozent der Bankkredite in den USA Hypothekendarlehen für gewerbliche Immobilien und vor allem für Wohnimmobilien sind. Und natürlich sind die Hypothekendarlehen für Wohnimmobilien in den letzten 14 Jahren, also seit 2008, auf unter 1 Prozent gesunken.

Nur die Banken und die großen Kreditnehmer, der Finanzsektor, konnten Kredite zu diesen niedrigen Zinssätzen aufnehmen. Hauseigentümer mussten die ganze Zeit über sehr hohe Zinsen zahlen, knapp unter 4 Prozent, und jetzt steigen sie über 4 Prozent und gehen in Richtung 5 Prozent.

Das ist die Situation, die die Federal Reserve geschaffen hat. Stellen Sie sich vor, Sie sind eine Familie, die ein Haus kaufen will, und Sie finden heraus, dass Sie sich das Geld für den Kauf des Hauses leihen müssen – denn wenn das durchschnittliche Haus in Amerika 600.000 oder 700.000 Dollar kostet, haben die Leute nicht so viel gespart; die einzige Möglichkeit, ein Haus zu kaufen, ist die Aufnahme einer Hypothek.

Sie haben die Wahl: Entweder Sie mieten eine Wohnung oder Sie leihen sich das Geld, um eine Wohnung zu kaufen. Und traditionell sind die Kosten für die Finanzierung eines Hauses mit einer Hypothek seit einem Jahrhundert in etwa so hoch wie eine Miete. Der Vorteil ist natürlich, dass man das Haus am Ende der Laufzeit besitzen kann.

Nun, schauen wir uns an, was jetzt passiert. Plötzlich sind die Hypothekenzinsen sehr, sehr stark gestiegen. Die Banken haben eine enorme Differenz: Sie können Kredite zu einem Zinssatz von 1 Prozent aufnehmen und vergeben sie zu 4,5 Prozent. Sie erhalten einen unerwarteten Gewinn aus dem Aufschlag, den sie bei Hypotheken und der Kreditvergabe an künftige Hausbesitzer haben

Und natürlich haben die Hausbesitzer nicht genug Geld, um die höheren Zinsen für die von ihnen aufgenommenen Hypotheken zu zahlen. Sie sind also nicht in der Lage, ein so teures Haus zu kaufen, wie sie es früher wollten.

Aber sie sind ein schrumpfender Teil der Bevölkerung gewesen. Als Obama sein Amt antrat, besaßen über 68 Prozent der Amerikaner ein Eigenheim. Obama hat die große Welle der Zwangsräumungen von 10 Millionen Amerikanern, die in Häusern lebten, in Gang gesetzt, um sie im Wesentlichen aus ihren Häusern zu vertreiben, vor allem die Opfer der Schrotthypotheken, insbesondere die einkommensschwächeren und rassistischen Minderheiten, die zu den Hauptopfern der Hypotheken wurden.

Die Wohneigentumsquote in den USA liegt jetzt unter 61 Prozent. Was ist passiert? Es sind riesige private Kapitalgesellschaften auf den Markt gekommen, die sich gedacht haben: Moment mal, wir können jetzt diese Immobilien kaufen und sie vermieten. Und wir können sie ganz bar kaufen, im Gegensatz zu Hausbesitzern, wir sind Multimilliardäre, wir sind Blackstone, BlackRock.

Sie haben diese Multimilliarden-Dollar-Fonds, und sie sagen: Nun, wir können nicht viel Geld mit dem Kauf von Anleihen oder Aktien verdienen, die so viel abwerfen wie heute, jetzt, da die Federal Reserve die Zinssätze gesenkt hat. Was wir tun können, ist, als Vermieter Geld zu verdienen.

Und so haben sie die ganze Verlagerung weg von der Vermieterwirtschaft des 19. Jahrhunderts hin zu einer Wirtschaft, die auf der Finanzialisierung basiert, und die wohlhabenden Klassen, die ihr Geld auf dem Finanzsektor verdienen, umgekehrt, um wieder als Vermieter Geld zu verdienen.

Daher kaufen sie diese Häuser auf, die sich die amerikanischen Hausbesitzer nicht leisten können. Denn wenn man den Hypothekenzins anhebt, betrifft das einen Milliardär überhaupt nicht. Denn die Milliardärsfirma muss sich kein Geld leihen, um das Haus zu kaufen. Sie haben die Milliarden Dollar aus ihrem eigenen Geld, dem Geld der Pensionsfonds, dem Geld der Spekulanten, dem Geld des einen Prozent der 10 Prozent zum Ausgeben.

Wenn Sie also die Zinssätze erhöhen, verdrängen Sie die Hausbesitzer aus dem Markt und verwandeln die amerikanische Wirtschaft in eine von Vermietern geprägte Vermietungswirtschaft, statt in eine Wirtschaft der Hausbesitzer. Das ist der Effekt. Und es ist ein Glücksfall für die privaten Kapi-

talgesellschaften, die jetzt sehen, dass sie als Vermieter Geld verdienen, auf die altmodische Art, die 800 Jahre lang im Feudalismus funktioniert hat. Das kommt jetzt wieder in Mode.

Benjamin: Professor Hudson, Sie weisen in diesem Artikel auf Ihrer Website darauf hin, dass sich bereits mehr als 50 Prozent des Wertes von US-Immobilien im Besitz von Hypothekenbanken befinden. Und dieser Prozentsatz steigt natürlich immer weiter an.

Nun haben Sie ein Argument vorgebracht, das ich bisher kaum gehört habe, obwohl es ein offensichtliches und richtiges Argument ist, nämlich dass es in den USA in den letzten Jahren eine große Inflation gegeben hat, aber diese Inflation fand im FIRE-Sektor statt: Finanzen, Versicherungen und Immobilien. Wir sehen das an dem ständigen Anstieg der Immobilienpreise; sie steigen jedes Jahr; die Mieten steigen jedes Jahr. Der Unterschied besteht nun darin, dass auch der Verbraucherpreisindex erheblich gestiegen ist.

Es gibt eine interessante Studie, die vom Economic Policy Institute veröffentlicht wurde, einer Denkfabrik der linken Mitte, die mit der Arbeiterbewegung verbunden ist; sie sind nicht radikal, sondern progressiv. Und sie haben eine sehr gute Studie durchgeführt. Sie fanden heraus – die Studie wurde im April dieses Jahres veröffentlicht –, dass die Unternehmensgewinne für etwa 54 Prozent des Preisanstiegs im Nicht-Finanzsektor verantwortlich sind, während die Lohnstückkosten nur für etwa 8 Prozent Anstieg verantwortlich sind.

Sie haben also wissenschaftlich nachgewiesen, dass mehr als die Hälfte des Preisanstiegs im Nicht-Finanzsektor, d. h. im Verbraucherpreisindex, auf die Unternehmensgewinne zurückzuführen ist.

Natürlich ist das nicht die Art und Weise, wie in den Mainstream-Medien darüber gesprochen wird. Auch die Fed diskutiert nicht auf diese Art und Weise. Wir sehen Larry Summers, der sagt, dass wir die Arbeitslosigkeit erhöhen müssen. Larry Summers war natürlich der Finanzminister von Bill Clinton.

Er sagt, dass die USA die Arbeitslosigkeit erhöhen müssen; die Lösung für die Inflation ist die Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Und das, obwohl diese Studien zeigen, dass mehr als die Hälfte der Inflation im Verbraucherpreisindex auf die Gewinne der Unternehmen zurückzuführen ist.

Ich frage mich, ob Sie sich dazu äußern können, warum sich so viele Wirtschaftswissenschaftler, darunter so angesehene Leute wie Larry Summers, weigern, diese Realität anzuerkennen.

Michael Hudson: Die meisten Wirtschaftswissenschaftler sind auf eine Anstellung angewiesen, und um eine Anstellung zu bekommen, müssen Sie ein Bild der Wirtschaft zeichnen, das widerspiegelt, wie gut Ihr Arbeitgeber der Gesellschaft insgesamt geholfen hat. Sie dürfen nicht sagen, dass Ihr Arbeitgeber auf rein räuberische Art und Weise handelt. Sie dürfen nicht sagen, dass der Arbeitgeber kein Einkommen erwirtschaftet.

Sie sprachen über Unternehmensgewinne und die klassischen Ökonomen. Wenn Sie ein Ökonom der freien Marktwirtschaft wie Adam Smith, David Ricardo oder John Stuart Mill wären – das sind Monopolrenten. Was Sie also als Unternehmensgewinne bezeichnen, liegt weit über den normalen Unternehmensrenditen, den normalen Gewinnen. Es sind wirtschaftliche Monopolrenten.

Und das liegt daran, dass die USA vor etwa 10 oder 15 Jahren aufgehört haben, ihre Antimonopolgesetze durchzusetzen. Sie haben es im Wesentlichen zugelassen, dass Monopole die Märkte konzentrieren, die Macht konzentrieren und verlangen können, was sie wollen.

Wenn man also den gesamten rechtlichen Rahmen, der seit den 1890er Jahren, dem Sherman Antitrust Act, bis hinunter ins frühe 20. Jahrhundert, dem New Deal, geschaffen wurde, demontiert hat, wenn man all diese staatliche Kontrolle abbaut, dann sagt man – im Wesentlichen sagt Larry Summers, dass wir für einen freien Markt sind.

Ein „freier Markt“ ist ein Markt, auf dem die Unternehmen verlangen können, was sie wollen; ein freier Markt ist ein Markt ohne staatliche Regulierung; ein freier Markt ist ein Markt ohne Regierung; ein freier Markt ist eine Regierung, die schwach genug ist, um die Lohnempfänger nicht zu schützen; sie kann die Wähler nicht schützen. **Eine „Demokratie“ ist ein Land, in dem der Großteil der Bevölkerung, die Lohnempfänger, nicht in der Lage ist, die Wirtschaftspolitik in ihrem eigenen Interesse zu beeinflussen.**

Ein „freier Markt“ ist ein Markt, auf dem nicht die Regierung die Planer sind, sondern die Wall Street im Namen der großen Industrien, die im Grunde finanzialisiert werden. Das Konzept des freien Marktes hat sich also gewandelt, die staatliche Regulierung wurde abgebaut, die Anti-Monopol-Regulierung wurde abgeschafft, und der Klassenkampf ist wieder im Gange.

Darum geht es in der Biden-Regierung. Und offen gesagt geht es der Demokratischen Partei genau darum, mehr noch als der Republikanischen Partei. Die Republikanische Partei kann eine wirtschafts- und finanzfreundliche Politik vertreten, aber die Demokratische Partei ist dafür verantwortlich, das Erbe des Schutzes der Wirtschaft zu demontieren, das ein Jahrhundert lang aufgebaut wurde.

Benjamin: Ja, und dies ist ein Artikel in Fortune, der sich ursprünglich auf einen Artikel in Bloomberg stützte: [5 years at 6% unemployment or 1 year at 10%: That's what Larry Summers says we'll need to defeat inflation](#). (5 Jahre bei 6 Prozent Arbeitslosigkeit oder 1 Jahr bei 10 Prozent: Das ist es, was wir laut Larry Summers brauchen, um die Inflation zu besiegen.) So einfach ist das, man muss nur die Arbeitslosigkeit erhöhen, und dann verschwindet die Inflation auf magische Weise!

Jetzt wollte ich auch Ihre Antwort hören, Professor Hudson, auf diese Kommentare, die Sie in einem Panel hervorgehoben haben, das von der International Manifesto Group organisiert wurde – eine großartige Organisation, die man hier finden kann, auf ihrem Kanal hier bei YouTube. Sie hielt eine Konferenz zum Thema Inflation ab. Und Sie waren einer von mehreren Rednern.

Sie haben diese Kommentare des Fed-Vorsitzenden Jerome Powell hervorgehoben, und zwar gemäß der [offiziellen Abschrift](#) des Wall Street Journal. Dies ist also nicht von einer linken, sozialistischen Website. Hier ist die offizielle Abschrift einer Pressekonferenz des Fed-Chefs Jerome Powell vom 4. Mai.

In dieser Pressekonferenz sagte er, um die Inflation zu senken, spreche er über Dinge, die getan werden können, „um [die Löhne zu senken](#) und dann die Inflation zu senken, ohne die Wirtschaft zu verlangsamen, eine Rezession zu haben und die Arbeitslosigkeit erheblich ansteigen zu lassen.“

Dies ist also ein weiterer Vorschlag. Larry Summers sagt 6 Prozent Arbeitslosigkeit für fünf Jahre, oder 10 Prozent Arbeitslosigkeit für ein Jahr. Der Vorsitzende der Fed, Jerome Powell, sagt, die Lösung sei, „die Löhne zu senken“. Ich frage mich, ob Sie auch dazu etwas sagen können.

Michael Hudson: Nun, wichtig ist, dass Präsident Biden Jerome Powell wieder ernannt hat. Präsident Biden ist ein Republikaner [auch wenn er Mitglieder der Demokraten ist]. Die Demokratische Partei ist im Grunde genommen der rechte Flügel der Republikanischen Partei, der finanzfreundliche, der Wall-Street-freundliche Flügel der Republikanischen Partei.

Warum um alles in der Welt, wenn die Demokraten anders wären als die Republikaner, warum würde Biden einen arbeitnehmerfeindlichen Republikaner zum Chef der Federal Reserve ernennen, anstatt jemanden, der tatsächlich versuchen würde, die Beschäftigung anzukurbeln?

Stellen Sie sich vor, hier ist eine Partei, die versucht, mit einem Programm gewählt zu werden, das lautet: „Wählt uns, und wir werden eine Depression verursachen und die Löhne senken.“ Das ist der Slogan der Demokratischen Partei.

Und es ist ein erfolgreicher Slogan, denn Wahlen werden durch Wahlkampfspenden gewonnen. Der Slogan „Wir werden die Löhne senken, indem wir euch in die Depression treiben“ ist ein Tsunami an Spenden für die Demokratische Partei, für die Wall Street, für die Monopolisten, für alle, die von dieser Politik profitieren.

Deshalb ist das Urteil des Obersten Gerichtshofs gegen Abtreibungen ein Geschenk für die Demokraten, denn es lenkt die Aufmerksamkeit von ihrer Identitätspolitik ab, die darauf abzielt, Amerika in alle möglichen Identitäten aufzuteilen, in jede Identität, die man sich vorstellen kann, außer die der Lohnempfänger.

Die Lohnempfänger werden im Grunde genommen als „Deplorables“ bezeichnet. Und so werden sie von der Geberklasse betrachtet, als eine Art unglückliche Nebenkosten. Man muss sie beschäftigen, aber es ist wirklich bedauerlich, dass sie so gut leben, wie sie es tun, denn je besser sie leben, desto weniger Geld wird man am Ende haben

Ich denke also, dass dieses Thema der Inflation und ihre Ursachen wirklich das Thema der Wahlen sein sollten. Dies sollte der wirtschaftliche Kern des Wahlkampfes im November dieses Jahres und des Wahlkampfes 2024 sein. Und die Demokraten führen den Kampf für niedrigere Löhne an.

Erinnern Sie sich daran, dass Präsident Obama bei seiner Wahl versprochen hat, den Mindestlohn zu erhöhen? Kaum war er im Amt, sagte er, dass das Einzige, was wir nicht tun können, die Erhöhung des Mindestlohns ist. Und er hatte auch versprochen, die Kartenkontrolle wieder einzuführen. Er sagte, das Einzige, was wir nicht tun dürfen, ist, die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter durch Card Check zu fördern, denn wenn man die Arbeiter gewerkschaftlich organisiert, werden sie bessere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen fordern.

Die Demokratische Partei vertritt also eine ähnlich harte rechte Position wie der Monetarismus der Chicagoer Schule, der besagt, dass die Lösung für jedes Problem darin besteht, die Löhne zu senken, um irgendwie wettbewerbsfähiger zu werden, während die amerikanische Wirtschaft bereits nicht mehr wettbewerbsfähig ist, nicht weil die Löhne so hoch sind, sondern weil, wie Sie bereits erwähnt haben, der FIRE-Sektor, der Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor, so hoch ist.

Mieten und Wohneigentum sind zu teuer, um mit ausländischen Arbeitskräften wettbewerbsfähig zu sein. Wenn man 18 Prozent des BIP für die medizinische Versorgung ausgeben muss, eine privatisierte medizinische Versorgung, werden amerikanische Arbeitskräfte aus dem Markt gedrängt. Der gesamte Schuldendienst, den Amerika bezahlt hat, verdrängt Amerika aus dem Markt.

Das Problem ist also nicht, dass die Löhne zu hoch sind. Das Problem ist, dass die Gemeinkosten, die vom Lohn gezahlt werden müssen, um zu überleben, für Miete, für medizinische Versorgung, für Studentenkredite, für Autokredite, für ein Auto, um zur Arbeit zu fahren, für Benzin, um zur Arbeit zu fahren, um die Monopolpreise zu zahlen für das, was man zum Überleben braucht – all das ist zu hoch.

Nichts davon steht in den Wirtschaftslehrbüchern, deren Studium man mit einer guten Note abschließen muss, um ein Wirtschaftsdiplom zu erhalten, mit dem man von der Federal Reserve oder dem Council of Economic Advisers oder von Unternehmen eingestellt wird, die Wirtschaftswissenschaftler im Wesentlichen als Pressesprecher einsetzen. Das ist also der Schlamassel, in dem wir stecken.

Benjamin: Professor Hudson, in Ihrem Artikel haben Sie einen wichtigen Abschnitt über die Politik der quantitativen Lockerung. Wir sprachen darüber, dass es in den letzten zehn Jahren eine Inflation gab, die aber größtenteils im FIRE-Sektor stattfand und die Preise von Immobilien und Aktien künstlich in die Höhe trieb. Sie stellen fest:

Während die Wohneigentumsquoten für die breite Bevölkerung zurückgingen, erhöhte die Fed mit ihrer „quantitativen Lockerung“ ihre Subventionen für die Finanztitel der Wall Street von 1 Billion Dollar auf 8,2 Billionen Dollar – wobei der größte Zuwachs auf verpackte Eigenheimhypotheken entfiel. Dies hat verhindert, dass die Immobilienpreise fielen und für Hauskäufer erschwinglicher wurden.

Und Sie stellen natürlich fest, dass „die Stützung der Vermögenspreise durch die Fed viele insolvente Banken – die allergrößten – vor dem Untergang bewahrt hat.“

Ich hatte Sie Ende 2019 eingeladen, um – vor dem Ausbruch der Covid-Pandemie – darüber zu sprechen, dass die Fed eine Rettungsaktion durchführte, bei der sie den größten Banken Billionen von Dollar in Form von Notkrediten zur Verfügung stellte, um sie vor dem Zusammenbruch zu bewahren und die Wirtschaft zu retten.

Ich möchte auch darüber sprechen, weil dies manchmal von Rechten benutzt wird, die Biden auf lustige Weise als Sozialisten darstellen. Sie sprachen gerade darüber, dass die Demokraten ein zutiefst neoliberales, rechtslastiges Wirtschaftsprogramm haben. Aber natürlich gibt es diese Rhetorik der Republikaner und Konservativen, die behaupten, Biden sei ein Sozialist. Sie behaupten, dass der Grund für die Inflation darin liegt, dass Biden einfach Geld druckt und den Leuten Geld gibt.

Das ist natürlich überhaupt nicht der Fall. Was passiert ist, ist, dass die Fed Billionen von Dollars gedruckt hat und diese den Aktionären, den großen Unternehmen und den Banken gegeben hat.

Und das ist ein Punkt, den ich auf der von mir erwähnten Konferenz über Inflation, die von der International Manifesto Group organisiert wurde, hervorgehoben sah. Eine Kollegin von Ihnen, eine

brillante politische Ökonomin, Radhika Desai, lud alle ein, die Fed-Website aufzurufen und sich die Fed-Bilanz anzusehen.

Und das ist die Fed-Bilanz von [federalreserve.gov](https://www.federalreserve.gov). Dies ist die Website des Board of Governors des Federal Reserve System. Und es ist ziemlich schockierend, diese Grafik zu sehen, die das Gesamtvermögen der US-Notenbank zeigt.



Im Jahr 2008 verfügte die Federal Reserve über Vermögenswerte in Höhe von 900 Milliarden Dollar. Jetzt hat sie ein Vermögen von fast 9 Billionen Dollar.

Nach dem Finanzcrash bzw. während des Finanzcrashs stieg sie auf etwa 2 Billionen Dollar an. Und dann, um 2014 herum, stieg sie auf etwa 4,5 Billionen Dollar an. Und dann, vor allem Ende 2019 und 2020, schnellte sie von etwa 4 Billionen Dollar auf 7 Billionen Dollar in die Höhe. Und seither ist es weiter auf 9 Billionen Dollar in die Höhe geschnellt.

Wohin ist all dieses Geld geflossen? Und welche Auswirkungen hatte das auf die Wirtschaft?

Michael Hudson: Nun, die Auswirkung auf die Wirtschaft bestand darin, dass der Reichtum der reichsten 1 Prozent der Amerikaner, die den Großteil der Aktien und Anleihen besitzen, beträchtlich zunahm.

Sheila Bair, die ehemalige Leiterin der Federal Deposit Insurance Corporation, wies darauf hin, dass ein Großteil dieser 8 Billionen Dollar für den Kauf von Schrottanleihen ausgegeben wird.

Hier liegt das Problem. Das Problem begann eigentlich mit Präsident Obama. Er erbte ein System, in dem es die größte Betrugswelle bei Geschäftsbanken in der amerikanischen Geschichte gab.

Wie mein Kollege Bill Black von der University of Missouri in Kansas City feststellte, wusste jeder, dass es sich um einen Bankenbetrug handelte. Die Zeitungen sprachen von Schrotthypotheken und NINJA-Kreditnehmern: no income, no jobs, no assets (kein Einkommen, keine Arbeit, kein Vermögen).

Die Banken hatten also Hypotheken weit über dem tatsächlichen Wert der Häuser vergeben, insbesondere an rassische und ethnische Minderheiten, ohne dass die Kreditnehmer in der Lage waren, tatsächlich zu zahlen. Und dann haben diese Banken diese Hypotheken in Pakete verpackt und an glücklose Pensionsfonds und andere institutionelle Anleger sowie an europäische Banken verkauft, die immer sehr naiv sind, wenn es darum geht, wie ehrlich amerikanische Banken sind.

Es gab diese ganze Ansammlung von fiktivem Kapital, wie es im 19. Jahrhundert hieß. Hypotheken für Immobilien, die nicht annähernd so viel wert waren, wie die Hypothek betrug. Wenn also die Hypothek ausfiel, wenn Hausbesitzer „Jingle Mail“ hatten – mit anderen Worten, sie schickten die Schlüssel einfach an die Bank zurück und sagten: „Ok, nimm das Haus, ich kann jetzt ein Haus zum halben Preis kaufen, den die Citibank oder eine dieser anderen Banken mir geliehen hat.“

Normalerweise würden die Preise auf ein realistisches Niveau sinken, so dass der Wert der Hypotheken den Wert der Immobilie widerspiegeln würde, oder der Wert der von einem Unternehmen ausgegebenen Schrottanleihen die tatsächliche Ertragskraft des Unternehmens widerspiegeln würde, um die Zinsen für die Schrottanleihen zu zahlen.

Als Obama sein Amt antrat, bestand die gesamte Wirtschaft also weitgehend aus fiktivem Kapital. Nun, Obama kam ins Amt und sagte: „Meine Wahlkampfspender sind an der Wall Street.“ Er rief die Wall-Street-Banker zu sich und sagte:

Ich bin derjenige, der zwischen euch und der Menge mit den Mistgabeln steht, den Leuten, die für mich gestimmt haben. Aber keine Sorge, ich bin auf eurer Seite. Ich werde die Federal Reserve veranlassen, den größten Kreditbetrag in der Geschichte der Menschheit zu schaffen. Und es wird alles an euch gehen. Es wird an das eine Prozent der Bevölkerung gehen. Es wird nicht in die Wirtschaft fließen. Es wird nicht in den Aufbau der Infrastruktur fließen. Es wird nicht in die Löhne fließen. Es wird nicht dazu beitragen, die Preise für Häuser zu senken und sie für die Amerikaner erschwinglicher zu machen. Es wird den Preis dieser Schrottanleihen so hoch halten, dass sie nicht auf fiktive Werte zurückfallen. Es wird den Aktienmarkt so hoch halten, dass er nicht abstürzen wird. Es wird den größten Anleihemarktboom der Geschichte auslösen.

Der Boom ging von hohen Zinsen zu niedrigen Zinsen, was einen gigantischen Anstieg des Preises von Anleihen bedeutet, die tatsächlich Zinsen zahlen, die über 0,1 Prozent liegen.

Es gab also einen riesigen Boom am Anleihemarkt, einen riesigen Aktienmarkt, eine Verdreifachung der Börsenkurse. Und wenn Sie zu der Gruppe gehören, die 72 Prozent der amerikanischen Aktien besitzt, ich glaube, das sind 10 Prozent der Bevölkerung, dann sind Sie viel, viel reicher geworden.

Aber wenn Sie zu den 90 Prozent der Bevölkerung gehören, mussten Sie sich immer mehr verschulden, nur um zu überleben, nur um die medizinische Versorgung, Studiendarlehen und Ihre täglichen Lebenshaltungskosten von Ihrem Gehalt zu bezahlen.

Wären die amerikanischen Löhne auf einem angemessenen Niveau, würden sich die amerikanischen Familien nicht immer mehr verschulden müssen. Der Grund dafür, dass die persönliche Verschuldung in den USA gestiegen ist, liegt darin, dass die Familien nicht mit dem auskommen, was sie verdienen. Wenn sie also mit ihrem Einkommen nicht auskommen und Kredite aufnehmen müssen, um über die Runden zu kommen, sind sie nicht für die Inflation verantwortlich. Sie werden ausgepresst.

Und die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaftler und der Politiker der Demokratischen Partei und der Republikaner besteht darin, von der Tatsache abzulenken, dass sie unter Druck stehen, und dem Opfer die Schuld zu geben, indem sie sagen: Ihr tut euch das selbst an, indem ihr einfach nur mehr Geld wollt, ihr verursacht in Wirklichkeit die Inflation, die euch unter Druck setzt.

In Wirklichkeit sind es die Banken, die Nichtdurchsetzung der Monopolpolitik durch die Regierung und die Unterstützung der Wall Street durch die Regierung, die für das Geschehen verantwortlich sind.

Benjamin: Sehr gut gesagt. Professor Hudson, ich hätte einen anderen Teil dieses Diagramms hier hervorheben sollen. Dies ist, wie gesagt, auf der [Website des Federal Reserve Board](#). Es ist sogar noch aufschlussreicher, wenn man sich die ausgewählten Vermögenswerte der Fed ansieht, und man sieht, dass alle diese Vermögenswerte im Grunde Wertpapiere sind, Wertpapiere, die direkt von der Fed gehalten werden.



Wir sehen, dass die Fed um 2008 weniger als 500 Milliarden Dollar an Wertpapieren hatte. Und Sie haben diese Politik der quantitativen Lockerung. Seitdem ist der gesamte Zuwachs im Wesentlichen

auf Wertpapiere entfallen. Von den rund 9 Billionen Dollar an Vermögenswerten, die die Fed hält, sind etwa 8,5 Billionen Dollar in Wertpapieren.

Könnten Sie dies mit Zentralbanken in anderen Ländern vergleichen? Wir haben zum Beispiel gesehen, dass die westlichen Sanktionen gegen Russland darauf abzielten, die russische Wirtschaft zu zerstören.

Präsident Biden behauptete, sie würden versuchen, den Rubel in Trümmer zu verwandeln. Tatsächlich ist der Rubel jetzt deutlich stärker als vor den Sanktionen. Und zwar so stark, dass die russische Regierung und die russische Nationalbank tatsächlich versuchen, den Wert des Rubels zu senken, weil sie ihn für etwas überbewertet halten, was die Wettbewerbsfähigkeit ein wenig erschwert.

Wie lässt sich diese Politik der US-Notenbank, die Wertpapiere im Wert von 8,5 Billionen Dollar hält, mit der Politik anderer Zentralbanken vergleichen?

Sie haben als Berater Erfahrung in der Zusammenarbeit mit der chinesischen Regierung. Haben die Zentralbanken anderer Regierungen diese Politik?

Und diese 8,5 Billionen Dollar an Wertpapieren, welche sind das? Selbst aus der Perspektive dieser neoliberalen Wirtschaftslehrbücher, von denen Sie sprachen und deren Inhalte den Menschen an den Universitäten beigebracht werden, erscheint mir das völlig verrückt. Ich sehe nicht einmal eine akademische, neoliberale Lehrbucherklärung für diese Politik.

Michael Hudson: Nur sehr wenige Menschen kennen den Unterschied zwischen einer Zentralbank und dem nationalen Schatzamt. Das nationale Schatzamt war früher für all die Maßnahmen zuständig, die heute von den Zentralbanken durchgeführt werden. Das nationale Schatzamt ist für die Ausgabe von Geld zuständig und gibt es aus.

Die Zentralbanken wurden in Amerika 1913 vom Finanzministerium abgetrennt, um die Kontrolle über die Geldmenge und den Kredit von Washington nach New York zu verlagern. Das war sehr eindeutig. Die ursprüngliche Federal Reserve erlaubte es nicht einmal, dass ein Beamter des Finanzministeriums im Vorstand saß. Die Aufgabe einer Zentralbank ist es also, die Interessen der Geschäftsbanken zu vertreten.

Und wie wir gerade dargelegt haben, besteht das Interesse der Geschäftsbanken darin, ihr Produkt zu produzieren: Schulden. Und sie schaffen ihr Produkt gegen bestehende Vermögenswerte, hauptsächlich Immobilien, aber auch Aktien und Anleihen.

Die Aufgabe der Zentralbank besteht also darin, den Finanzsektor der Wirtschaft zu unterstützen, und zwar den Sektor, der Vermögen in Form von Aktien, Anleihen und Krediten hält, und insbesondere Bankanleihen, die ihr Geld mit Immobilienkrediten verdienen.

Das Gleiche gilt für Europa, für die europäische Zentralbank. Europa gerät jetzt in eine echte Klemme, und zwar schon seit der Griechenlandkrise.

Da der Euro von rechtsgerichteten Monetaristen entwickelt wurde, ist ein Teil der Regeln der Eurozone, dass man kein Haushaltsdefizit, kein nationales Haushaltsdefizit von mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts haben darf.

Nun, das ist nicht sehr viel. Das bedeutet, dass man in Europa keine echte keynesianische Politik betreiben kann, um die Wirtschaft aus der Depression zu holen. Das bedeutet, dass die Regierung in

einem Land wie Italien, in dem ein echter finanzieller Engpass, ein Engpass bei den Unternehmen und ein Engpass bei den Arbeitskräften besteht, weder die italienische Industrie noch die italienischen Arbeitskräfte wirklich retten kann.

Die EZB kann jedoch durch die Art und Weise, wie sie Kredite schafft, durch Zentralbankeinlagen, den Preis von europäischen Aktien, Anleihen und Hypothekenspaketen beträchtlich erhöhen. Die europäische Zentralbank ist also der Geschäftsbank sehr ähnlich.

China ist völlig anders, denn im Gegensatz zum Westen behandelt China Geld und Kredit als öffentliches Gut und nicht als privates Monopol.

Und als öffentliches Versorgungsunternehmen wird Chinas Zentralbank sagen: Wofür wollen wir Geld schaffen? Nun, wir werden Geld schaffen wollen, um Fabriken zu bauen; wir werden Geld schaffen wollen, damit Immobilienentwickler Städte bauen können, oder manchmal Städte überbauen können. Wir können Geld schaffen, um es in der Wirtschaft für etwas Greifbares auszugeben, für Waren und Dienstleistungen.

Die chinesische Zentralbank schafft kein Geld, um die Börsenkurse oder Anleihekurse zu erhöhen. Sie schafft kein Geld, um eine Finanzklasse zu unterstützen, weil die Kommunistische Partei Chinas nicht will, dass eine Finanzklasse existiert; sie will, dass eine Industrieklasse existiert; sie will, dass eine industrielle Arbeiterschaft existiert, aber keine Rentierklasse.

Eine Zentralbank in einer westlichen Rentenökonomie versucht also im Wesentlichen, Kredite zu schaffen, um die Lebenshaltungskosten für Hauskäufer und alle, die Kredite in Anspruch nehmen oder benötigen, in die Höhe zu treiben, und um es Unternehmen zu ermöglichen, sich zu finanzieren und ihr Management von der Erzielung von Gewinnen durch Investitionen in Anlagen und Ausrüstung und die Beschäftigung von Arbeitskräften, um mehr zu produzieren, auf die Erzielung von Geld durch Finanztechniken umzustellen.

In den letzten 15 Jahren wurden über 90 Prozent der Unternehmensgewinne in den USA für Aktienrückkäufe und Dividendenausschüttungen ausgegeben. Nur 8 Prozent der Unternehmensgewinne wurden für neue Investitionen, Anlagen, Ausrüstungen und Neueinstellungen ausgegeben.

Und so hat man natürlich die Wirtschaft deindustrialisiert. Es ist die Idee, dass man Geld verdienen kann, ohne eine industrielle Basis, ohne eine Produktionsbasis; man kann Geld verdienen, ohne tatsächlich mehr zu produzieren oder irgendetwas Produktives zu tun, indem man einfach eine Zentralbank hat, die den Preis der Aktien und Anleihen und der Kredite, die von den reichsten 10 Prozent gemacht werden, erhöht.

Und natürlich funktioniert das letztendlich nicht, denn ab einem bestimmten Punkt bricht das Ganze von innen heraus zusammen, und es gibt keine industrielle Basis mehr.

Und wenn das passiert, wird Amerika natürlich feststellen: Moment mal, wenn wir die Wirtschaft stilllegen, sind wir immer noch von China und Asien abhängig, um unsere Produkte herzustellen, uns mit Rohstoffen zu versorgen und alles zu tun, was wir brauchen. Wir tun wirklich nichts anderes, als uns als – nun, die Leute sagten früher Parasit – als Weltrentier zu verhalten, als etwas für nichts zu bekommen, als eine Art Finanzkolonialismus.

Man könnte Amerika also als eine Kolonialmacht betrachten, die nicht durch militärische Besetzung, sondern einfach durch finanzielle Manöver, durch den Dollarstandard, eine Kolonialmacht ist. Und das ist es, was heute als Ergebnis von Bidens neuem kalten Krieg rückgängig gemacht wird.

Benjamin: Professor Hudson, Sie haben die Strategie kritisiert, die Zinssätze einfach zu erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen, und darauf hingewiesen, dass dies zu einem weiteren Rückgang des Wohneigentums in den USA führen wird. Das wird den arbeitenden Menschen schaden. Ich denke, das ist eine sehr berechtigte Kritik.

Mich würde allerdings interessieren, wie Sie die Reaktion der russischen Zentralbank auf die westlichen Sanktionen einschätzen. Wir haben gesehen, dass die Vorsitzende der russischen Zentralbank, Elvira Nabiullina, eigentlich jemand ist, der nicht unbedingt von westlichen Ökonomen verurteilt wird; sie wird sogar von westlichen neoliberalen Ökonomen ziemlich respektiert.

Und sie hat es geschafft, mit den Sanktionen sehr gut umzugehen. Sie verhängte sofort Kapitalkontrollen. Sie hat den russischen Aktienmarkt geschlossen. Außerdem hat sie in einem umstrittenen Schritt die Zinssätze von etwa 9 Prozent auf 20 Prozent angehoben, und zwar für ein paar Monate. Danach hat sie die Zinssätze wieder gesenkt.

Michael Hudson: Ein paar Tage, nicht ein paar Monate. Das war sehr kurz. Und jetzt hat sie die Zinssätze weit nach unten korrigiert.

Benjamin: Zurück zu 9 Prozent.

Michael Hudson: Sie wurde kritisiert, weil sie diese nicht weiter nach unten verschoben hatte.

Benjamin: Ja, schießen Sie los. Sie hat den Zinssatz also sofort auf 20 Prozent angehoben und ihn seitdem gesenkt. Ich bin neugierig, was Sie über diese Politik denken. Ja, schießen Sie los.

Michael Hudson: Es gibt sehr wenig, was ein Zentralbanker tun kann, wenn der Westen einem Land, das völlig isoliert ist, im Grunde den Krieg erklärt hat.

Die Antwort kam von Präsident Putin und von Außenminister Lawrow. Sie wiesen darauf hin, wie Russland Handel treiben und sich die benötigten Waren beschaffen kann. Und genau darum geht es bei den jüngsten Treffen der BRICS-Staaten.

Russland ist sich darüber im Klaren, dass die Welt jetzt in zwei Hälften geteilt ist. Amerika und die NATO haben den Westen gespalten. Im Grunde genommen gibt es einen Bund der Weißen gegen den Rest der Welt. Und der Westen hat gesagt: Wir isolieren uns völlig von euch. Und wir glauben, dass ihr ohne uns nicht zurechtkommt.

Nun, sehen Sie sich die Komik dieser Sache an. Russland, China, Iran, Indien, Indonesien und andere Länder sagen: „Ha, du sagst, wir kommen nicht ohne dich aus? Wer beliefert eure Produzenten? Wer versorgt euch mit Rohstoffen? Wer liefert euer Öl und Gas? Wer versorgt eure Landwirtschaft, wer liefert Helium, Titan, Nickel?“

Sie erkennen also, dass die Welt in zwei Teile zerbricht und dass Eurasien, wo sich der Großteil der Weltbevölkerung konzentriert, seinen eigenen Weg gehen wird.

Das Problem ist, wie kann man wirklich seinen eigenen Weg gehen? Man braucht ein Zahlungsmittel. Sie müssen ein ganzes internationales System schaffen, das eine Alternative zum westlichen internationalen System darstellt. Sie brauchen einen eigenen Internationalen Währungsfonds, der Kredite vergibt, damit diese eurasischen Länder und ihre Verbündeten im globalen Süden miteinander verhandeln können.

Sie brauchen eine Weltbank, die, anstatt Geld zu verleihen, um die US-Politik und US-Investitionen zu fördern, den gegenseitigen Gewinn und die Selbstversorgung der Länder unterstützt.

In den letzten Wochen gab es jeden Tag Treffen mit den Russen, die sagten: „Okay, wir werden eine gemeinsame Handelszone schaffen, beginnend mit den BRICS-Staaten: Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika. Und wie werden wir bezahlen? Wir können nicht in Dollar zahlen, denn wenn wir Geld in einer Dollar-Bank oder einer Euro-Bank in Europa haben, können sie sich das Geld einfach schnappen, so wie sie sich das Geld von Venezuela schnappen. Sie können einfach sagen, ‚wir nehmen euer ganzes Geld, weil wir im Grunde genommen nicht wollen, dass ihr als Alternative zu der von uns geschaffenen Welt des Finanzkapitals existiert‘.“

Im Grunde genommen sagen Russland, China und diese anderen Länder also, ok, wir werden unsere eigene internationale Bank gründen. Und wie werden wir sie finanzieren? Nun, jedes Mitglied der Bank wird, sagen wir, eine Milliarde Dollar oder einen bestimmten Betrag seiner eigenen Währung beisteuern, und das wird unsere Absicherung sein. Wir können auch Gold als Zahlungsmittel verwenden, wie es lange Zeit zwischen den Ländern üblich war.

Und diese Bank kann ihre eigenen Sonderziehungsrechte schaffen, ihre eigene Bankordnung, wie Keynes es nannte. Sie kann ihren eigenen Kredit schaffen. Nun, das Problem ist, dass Brasilien oder Argentinien, die sich dieser Gruppe anschließen, oder Ecuador, das fast alle seine Bananen an Russland verkauft, wie soll das gehen?

Wenn es eine BRICS-Gruppe oder eine Bank der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit gibt, werden die westlichen Regierungen dies natürlich nicht akzeptieren.

Russland ist sich also darüber im Klaren, dass die Energiepreise als Folge von Bidens „Kaltem Krieg 2.0“ weiter steigen werden. Glauben Sie, die Benzinpreise sind jetzt nicht hoch? Sie werden steigen. Glauben Sie, dass die Lebensmittelpreise jetzt nicht hoch sind? Sie werden noch weiter steigen. Und Europa ist besonders betroffen, weil es jetzt kein russisches Gas mehr kaufen kann, um den Dünger für den eigenen Anbau zu produzieren.

Es wird also eine Reihe von Ländern im globalen Süden geben, von Lateinamerika bis Afrika, die unter Druck stehen und mit der eurasischen Gruppe Handel treiben wollen.

Und das Problem ist, dass Russland sagt: Na gut, wir wissen, dass ihr nicht zahlen könnt. Wir geben euch gerne Kredit, aber wir wollen nicht, dass ihr das Geld, das ihr habt, einfach benutzt, um eure fälligen Dollar-Schulden zu bezahlen.

Denn eine der Auswirkungen der Zinserhöhung durch die Federal Reserve, die ich nicht erwähnt habe, ist ein enormer Kapitalfluss aus Europa und England in die USA, so dass man sich als Milliardär fragt, wohin man seine Ersparnisse stecken soll. Sie wollen die höchsten Zinssätze, die es gibt. Und wenn die USA die Zinssätze anheben, werden die Milliardäre ihr Geld aus England und

dem Euro abziehen, und der Euro wird gegenüber dem Dollar wieder fallen. Er ist fast auf einen Dollar pro Euro gesunken. Das britische Pfund sinkt auf ein Pfund pro Dollar.

Dieser Anstieg des Dollarkurses führt auch zu einem Anstieg gegenüber den Währungen Brasiliens, Argentinens, der afrikanischen Länder und aller anderen Länder.

Wie werden sie also diesen Sommer und diesen Herbst ihre Lebensmittel, ihr Öl und Gas und die höheren Kosten für die Bedienung ihrer Dollarschulden bezahlen?

Nun, Eurasien wird sagen: Wir wollen euch helfen, unsere Exporte zu kaufen – Russland ist jetzt ein großer Getreideexporteur und natürlich auch ein Ölexporteur – und sagen: Wir wollen euch beliefern und euch den Kredit dafür geben, aber ihr müsst euch wirklich entscheiden. Wollt ihr euch dem US-NATO-Block anschließen oder dem eurasischen Block beitreten?

Wollt ihr dem Club der Weißen oder dem Club der Eurasier beitreten? Und darauf läuft es wirklich hinaus. Und das ist es, was die Welt in zwei Hälften spaltet.

Europa ist in der Mitte gefangen, und seine Volkswirtschaften werden auseinandergerissen werden. Die Beschäftigung wird dort zurückgehen. Und ich glaube nicht, dass die Löhne in Europa sehr stark steigen werden.

Es wird eine politische Krise in Europa geben. Aber es wird auch eine internationale diplomatische Krise geben, bei der es um die Frage geht, wie der Welthandel, die Investitionen und die Schulden umstrukturiert werden sollen.

Es wird zwei verschiedene Finanzphilosophien geben. Und genau darum geht es im neuen Kalten Krieg.

- Die Philosophie des von den USA geförderten Finanzkapitalismus, bei dem es darum geht, Geld zu verdienen, ohne Industrialisierung und mit dem Versuch, die Löhne zu senken und die Erwerbsbevölkerung auf eine sehr hoch verschuldete, am Rande der Gesellschaft lebende Belegschaft zu reduzieren.
- Oder es gibt die eurasische Philosophie, den wirtschaftlichen Überschuss zu nutzen, um die Produktivität zu steigern, die Infrastruktur aufzubauen und die Art von Gesellschaft zu schaffen, die Amerika im späten 19. Jahrhundert zu entwickeln schien, aber jetzt abgelehnt hat.

All dies ist also letztlich nicht nur ein Problem der Zinssätze und der Zentralbankpolitik, sondern es geht über die Zentralbanken hinaus und betrifft die Frage, was für ein soziales und wirtschaftliches System man haben will.

Und der Schlüssel zu jedem Sozial- und Wirtschaftssystem ist, wie man mit Geld und Krediten umgeht. Werden Geld und Kredit ein öffentliches Versorgungsunternehmen sein, oder wird es ein privates Monopol sein, das für die Finanzinteressen und das eine Prozent betrieben wird, anstatt ein öffentliches Versorgungsunternehmen für die 99 Prozent?

Darum wird es im neuen Kalten Krieg gehen. Und das ist es, was die internationale Diplomatie Woche für Woche zu klären versucht.

Benjamin: Sehr, sehr gut gesagt. Und ich stimme wirklich zu, was diese zunehmende bipolare Ordnung angeht, in der das von den USA geführte imperialistische System der Welt sagt, dass sie sich für eine Seite entscheiden muss. Wie George W. Bush sagte: Entweder seid ihr für uns oder gegen uns; ihr seid für uns oder ihr seid für die Terroristen.

Das ist es, was Biden der Welt sagen will. Und wir sehen, dass der Westen diesen eisernen Vorhang um Russland gezogen hat. Und jetzt droht er damit, dasselbe um China zu tun.

Der Unterschied besteht natürlich darin, dass China die größte Volkswirtschaft der Welt hat, wenn man die Kaufkraftparität zugrunde legt. Sie ist sogar größer als die Wirtschaft der USA. Ich weiß nicht, wie sie versuchen können, die chinesische Wirtschaft zu sanktionieren, wenn man bedenkt, dass China die zentrale Fabrik der Welt ist.

Aber das hängt mit einer Frage zusammen, die ich an Sie hatte, Professor Hudson, und die aus einer Super-Chat-Frage von Manoj Payardha stammt, und es geht darum, dass die chinesischen Banken sagen, sie seien noch nicht bereit, eine Alternative zu SWIFT zu entwickeln. Er fragte, wie wird die Dritte Welt Russland für Ressourcen bezahlen?

Und wir haben gesehen, vielleicht können Sie über die Maßnahmen sprechen, die umgesetzt werden. Indien hat dieses Rupien-Rubel-System geschaffen.

Ich möchte jedoch einen Artikel hervorheben, der in der [Global Times veröffentlicht](#) wurde. Dies ist eine große chinesische Zeitung, und er ist vom April. Darin wird der ehemalige Leiter der chinesischen Zentralbank zitiert, der im April dieses Jahres auf einem globalen Finanzforum in Peking sprach.

Und im Grunde sagte er, dass wir uns darauf vorbereiten müssen, SWIFT zu ersetzen. Er sagte, die Entscheidung des Westens, SWIFT als finanzielle Nuklearkoption zu nutzen, um Russland zu sanktionieren, sei ein Weckruf für Chinas finanzielle Entwicklung. Und er sagte: „Wir müssen uns darauf vorbereiten.“

Es scheint also, dass sie noch nicht vorbereitet sind. Aber das ist etwas, worüber Sie schon seit Jahren sprechen. Oder sind Sie vielleicht anderer Meinung und glauben, dass China bereits auf die SWIFT-Alternative vorbereitet ist?

Michael Hudson: Nun, sie verwenden bereits ein alternatives System. Würden sie kein alternatives System verwenden – Russland übernimmt dafür einen Teil des chinesischen Systems –, könnten die Banken nicht miteinander kommunizieren.

Ja, sie haben bereits ein rudimentäres System. Sie sind dabei, es zu einem besseren System zu machen, das auch gegen US-Computerspionage und -Einmischung immun sein kann. Also ja, natürlich gibt es bereits ein System. Aber ich möchte das aufgreifen, was Sie über Biden gesagt haben, wie Biden die Dinge charakterisiert.

Biden charakterisiert den Krieg des Westens gegen Eurasien als Krieg zwischen Demokratie und Autokratie. Mit „Demokratie“ meint er einen von der Wall Street gesteuerten freien Markt; er meint eine Oligarchie.

Aber was meint er mit Autokratie? Wenn er China eine Autokratie nennt, meint er damit eine Regierung, die stark genug ist, um zu verhindern, dass eine Oligarchie die Macht übernimmt und

die Regierung für ihre eigenen Interessen kontrolliert und den Rest der Wirtschaft in die Schuldknechtschaft drängt.

Eine Autokratie ist ein Land mit staatlicher Regulierung gegen Monopole, anstelle eines oligarchischen freien Marktes. Eine Autokratie verwendet im Wesentlichen Geld und Kredite, um das Wirtschaftswachstum zu fördern. Und wenn in China Schulden nicht bezahlt werden können, wenn eine Fabrik oder ein Immobilienunternehmen seine Schulden nicht bezahlen kann, dann sagt China nicht einfach, ok, ihr seid bankrott, ihr müsst verkauft werden; jeder kann euch kaufen; die Amerikaner können euch kaufen.

Stattdessen sagen die Chinesen: Nun, ihr könnt die Schulden nicht bezahlen; wir wollen eure Fabrik nicht abreißen; wir wollen nicht, dass eure Fabrik in Luxuswohnungen umgewandelt und gentrifiziert wird. Wir werden die Schulden abschreiben.

Und genau das hat China immer wieder getan. Und das hat es mit ausländischen Ländern gemacht, die ihre Schulden nicht bezahlen konnten. Wenn eine Schuld fällig wird, die China für die Entwicklung eines Hafens, von Straßen oder der Infrastruktur gemacht hat, sagt es: Nun, wir verstehen, dass ihr zahlen könnt; wir werden die Zahlung aufschieben; wir werden ein Moratorium für eure Zahlung haben. Wir sind nicht hier, um euch in den Bankrott zu treiben.

Die Amerikaner, die internationalen Fonds sagen: Nun, wir sind hier, um euch in den Bankrott zu treiben. Und wenn wir, der IWF, euch jetzt Geld leihen, um eine Währungsabwertung zu vermeiden, ist die Bedingung, dass ihr eure Infrastruktur privatisieren müsst; ihr müsst eure öffentlichen Versorgungsbetriebe, euer Elektrizitätssystem, eure Straßen, euer Land an private Käufer verkaufen, hauptsächlich aus den USA.

Sie haben also eine „Demokratie“, die Konkurs, Zwangsversteigerung, Finanzialisierung und Privatisierung sowie niedrige Löhne durch eine permanente Depression unterstützt, eine permanente Depression, um die Löhne niedrig zu halten.

Oder Sie haben eine „Autokratie“, die versucht, die Interessen der Arbeitnehmer zu schützen, indem sie für existenzsichernde Löhne eintritt, um den Lebensstandard als Voraussetzung für die Steigerung der Produktivität und den Aufbau der Infrastruktur zu erhöhen.

Sie haben diese beiden diametral entgegengesetzten Wirtschaftssysteme. Und das ist auch der Grund, warum im Moment ein kalter Krieg herrscht.

Benjamin: Und hier noch eine weitere Super-Chat-Frage, Professor Hudson. Sie erwähnten den Internationalen Währungsfonds, den IWF. Darüber haben wir schon oft gesprochen. Dies ist eine Frage von Sam Owen. Er fragt, warum die Länder weiterhin schlechte IWF-Kredite akzeptieren, wenn sie eine so miserable Erfolgsbilanz haben? Ist es nur die Einmischung der US-Regierung in die nationale Politik? Gibt es Fälle von guten IWF-Krediten?

Michael Hudson: Nun, was ist ein Land? Wenn man von einem Land spricht, denken die meisten Leute, ok, lass uns über Brasilien reden; lass uns über all die Menschen in Brasilien reden; du hast ein Bild im Kopf vom Amazonas; du hast eine große Stadt mit vielen Menschen darin.

Aber das Land, das der IWF meint, ist eine Gruppe von vielleicht 15 wohlhabenden Familien in Brasilien, die das meiste Geld besitzen, und sie sind ziemlich glücklich, vom IWF zu leihen, weil

sie sagen, dass es jetzt eine Chance gibt, dass Lula Präsident wird und nicht der Neofaschist Bolsonaro. Und wenn Lula Präsident wird, dann wird er die Arbeitspolitik unterstützen und uns vielleicht davon abhalten, den Amazonas abzureißen. Also lasst uns unser Geld aus dem Land schaffen.

Nun, normalerweise würde dies den Wechselkurs des Cruzeiro (Real) nach unten drücken. Also wird der IWF Brasilien ein Darlehen gewähren, um den Cruzeiro (Real) zu stützen, so dass die reichen Ein-Prozent-Brasilianer ihr Geld in Dollar, in Euro, in Fremdwährungen und Offshore-Bankanreize verschieben und Brasilien mit Schulden belasten können. So wird der IWF, wenn es eine Wahl gibt und Lula gewählt wird, sagen: Nun, wir mögen eure Politik nicht wirklich, und wenn ihr eine arbeiterfreundliche, sozialistische Politik verfolgt, dann wird es eine Kapitalflucht geben. Und wir bestehen darauf, dass ihr das ganze Geld, das ihr euch vom Westen geliehen habt, jetzt sofort zurückzahlt.

Das wird Lula dazu bringen, entweder dem IWF zu folgen und die Wirtschaft vom IWF leiten zu lassen, anstatt von seiner eigenen Regierung, oder einfach zu sagen, wir werden die Auslandsschulden nicht bezahlen.

Bisher war kein Land in der Lage, die Auslandsschulden nicht zu bezahlen. Aber mit der eurasischen Gruppe – wir nennen sie BRICS, aber eigentlich ist es Eurasien, zusammen mit den südlichen Gruppen, die sich anschließen, dem Globalen Süden – können sie zum ersten Mal sagen: **Wir können es uns nicht mehr leisten, im Westen zu bleiben.**

Wir können es uns nicht leisten, die Wirtschaft den Forderungen des IWF nach Privatisierung zu unterwerfen. Wir können uns nicht den Regeln des IWF unterwerfen, dass wir gegen die Arbeit kämpfen müssen, dass wir Gesetze zum Verbot von Gewerkschaften erlassen müssen, dass wir gegen die Löhne der Arbeiter kämpfen müssen, wie es die westlichen Demokratien fordern. Wir müssen mit der chinesischen Autokratie mitgehen, die wir Sozialismus nennen.

Und natürlich, wenn Amerika China beschuldigt, eine Autokratie zu sein, ist Autokratie das amerikanische Wort für Sozialismus. Sie wollen dieses Wort nicht verwenden. Wir sind also wieder beim Orwellschen Doppeldenk angelangt.

Die Frage ist folglich, was die Länder des Globalen Südens tun werden, wenn sie es sich nicht leisten können, in diesem Sommer ohne ein IWF-Darlehen Energie und Lebensmittel zu kaufen? Werden sie sagen, ok, wir können nur überleben, wenn wir uns vom Westen lösen und der eurasischen Gruppe beitreten?

Das ist es, worum es beim großen Weltbruch geht.

Und ich habe diesen globalen Bruch bereits 1978 beschrieben. Ich habe ein Buch mit dem Titel „Global Fracture“ geschrieben, in dem ich genau erklärt habe, wie das alles passieren wird.

Damals gab es Indonesien, Sukarno übernahm die Führung, die blockfreien Nationen, Indien und Indonesien versuchten, eine Alternative zur finanzorientierten, amerikanisch geprägten Weltordnung zu schaffen. Aber keines dieser Länder hatte eine ausreichende kritische Masse, um seinen eigenen Weg zu gehen.

Nun, da Amerika Russland, China, Indien, den Iran, die Türkei, all diese Länder isoliert hat, schuf es eine kritische Masse, die in der Lage ist, ihren eigenen Weg zu gehen. Die Frage ist, ob diese eurasische Masse Lateinamerika und Afrika in ihre eigene Gruppe, weg von den USA, ziehen wird, und ob sie eine Art Anziehungskraft ausübt. Und was wird dann aus den USA und der EU?

Benjamin: Und eines der deutlichsten Beispiele für die bipolare Teilung der Welt zwischen dem Westen und dem Rest, wie man so schön sagt, haben wir bei diesem lächerlichen G7-Treffen gesehen, das gerade stattgefunden hat. Natürlich sind die G7 die weißen, westlichen Länder. Und dann kommt noch das von den USA besetzte Japan dazu, das so tut, als ob es ein bisschen vielfältiger wäre.

Aber wir haben gesehen, dass die G7 gerade ein Gipfeltreffen abgehalten haben, bei dem es im Grunde nur darum ging: Wie können wir China eindämmen? Wie können wir den neuen kalten Krieg gegen Russland zu einem neuen kalten Krieg gegen China ausweiten?

Und hier ist ein Bericht in der BBC: [G7 summit: Leaders detail \\$600bn plan to rival China's Belt and Road initiative](#). (600 Milliarden für ein Konkurrenz-Projekt zu Chinas Seidenstraße). Darüber musste ich lachen. Die Idee, dass die US-Regierung Infrastruktur im globalen Süden bauen will, ist ziemlich lächerlich.

Es ist auch absurd, wenn man bedenkt, dass Chinas Belt and Road Initiative, an der mehr als die Hälfte der Länder der Erde beteiligt sind, auf viele Billionen Dollar an Infrastrukturprojekten geschätzt wird. Die USA und ihre Verbündeten denken also, dass sie damit für 600 Milliarden Dollar in öffentlich-privaten Partnerschaften konkurrieren können. Ich möchte betonen, dass es sich bei den angekündigten Maßnahmen um eine Mischung aus so genannter öffentlicher Initiative und Verträgen für private Unternehmen handelt. Es ist also ein weiteres Geschenk an den privaten Sektor im Namen des Aufbaus der Infrastruktur.

Könnten Sie etwas zu dem G7-Gipfel sagen, der gerade stattgefunden hat?

Michael Hudson: Es ist nichts dabei herausgekommen. Sie alle sagten, dass sie sich nicht auf weitere Sanktionen gegen Russland einigen könnten, weil sie bereits genug Schaden angerichtet hätten. Vor allem Indien ist aufgestanden und hat gesagt: „Wir werden uns auf keinen Fall den Sanktionen gegen Russland anschließen, denn es ist einer unserer wichtigsten Handelspartner. Und nebenbei bemerkt: Wir profitieren enorm von den Importen russischen Öls, und ihr profitiert enorm davon, dass ihr das Öl von uns mit einem Aufschlag erhaltet.“

Die G7 konnte sich also nicht einigen, was zu tun ist. Sie befinden sich bereits in einer Pattsituation. Und es ist erst Juni. Stellen Sie sich vor, was für eine Pattsituation es im September geben wird!

Nächste Woche wird Präsident Biden nach Saudi-Arabien reisen und sagen: „Wir sind bereit, vielleicht 10 Millionen eurer Feinde zu töten; wir sind bereit, wahhabitischen sunnitischen Gruppen dabei zu helfen, mehr iranische Schiiten zu töten und den Irak und Syrien zu sabotieren. Wir werden euch helfen, Al-Qaida wieder zu unterstützen, wenn ihr eure Ölpreise senkt, damit wir Russland mehr unter Druck setzen können.“

Das ist also die eigentliche Frage, die sich Saudi-Arabien stellen wird. Amerika wird ihm mehr Streubomben schicken, um sie gegen den Jemen einzusetzen. Und die Frage ist, ob Saudi-Arabien sagen wird, ok, wir werden vielleicht 10 Milliarden Dollar weniger im Monat verdienen, oder wie

viel auch immer, nur um euch glücklich zu machen, und damit ihr mehr Schiiten tötet, die den Iran unterstützen?

Oder werden sie erkennen, dass sie, wenn sie sich mit den USA verbünden, plötzlich vom Iran, von Russland und von Syrien angegriffen werden, und dass sie dann leichte Beute sind? Was werden sie also tun?

Und ich sehe keine Möglichkeit, wie Biden Saudi-Arabien dazu bringen kann, freiwillig weniger an seinen Ölpreisen zu verdienen. Vielleicht kann Biden sagen, es sei nur für ein Jahr, nur für ein oder zwei Jahre. Aber wie andere Länder wissen, wenn Amerika sagt, es sei nur für ein oder zwei Jahre, dann bedeutet das in Wirklichkeit für immer. Und wenn man nicht weitermacht, dann gibt es einen Austausch von Regierenden oder einen Regimewechsel und eine Farbrevolution.

Biden versucht also immer wieder, andere Länder dazu zu bringen, sich dem Westen gegen Eurasien anzuschließen, aber mittendrin sitzt Saudi-Arabien. Und Europa kann nur zuschauen und sich fragen, wie es ohne Energie und ohne viel Nahrung auskommen soll.

Benjamin:

Ja, der venezolanische Präsident Maduro hat gerade bestätigt, dass die Regierung Biden eine weitere Delegation geschickt hat, die Venezuela im Grunde genommen anfleht, einen Deal auszuhandeln, denn natürlich boykottieren die USA und die EU die russische Energie.

Ich finde es wirklich witzig, dass die USA nach Jahren der Dämonisierung Venezuelas, der Darstellung des Landes als Diktatur und all dem beschließen mussten, dass der Krieg in Venezuela im Moment nicht so wichtig ist wie der Krieg gegen Russland; also werden wir unseren Krieg gegen Venezuela vorübergehend unterbrechen, um das Messer tiefer in Russland zu treiben.

Aber was das G7-Treffen betrifft, so war dies die lustige Bemerkung der Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, in einem Artikel der Nachrichtenagentur Reuters mit dem Titel [Europa muss den Entwicklungsländern eine Alternative zu den chinesischen Fonds bieten](#).

In Anlehnung an die gleiche Perspektive, die wir von Biden hören, sagen US-Regierungsvertreter ständig, dass die USA China im globalen Süden herausfordern müssen. So hat Europa 300 Milliarden Euro zugesagt – allerdings, wieder einmal, mit einem wichtigen Sternchen versehen – „in privaten und öffentlichen Mitteln über fünf Jahre zur Finanzierung von Infrastrukturen in Entwicklungsländern.“

Wir sehen also wieder einmal eine neoliberale öffentlich-private Partnerschaft. Es wird ein weiteres öffentliches Geschenk an private Unternehmen sein. Und sie sagte, dass dies Teil der Bemühungen der G7 sei, Chinas Multimilliarden-Dollar-Projekt „Belt and Road“ entgegenzuwirken.

Nun, das ist wirklich nur eine Verknüpfung von allem, worüber wir heute gesprochen haben, Professor Hudson – Ihren Artikel „Das Sparprogramm der US-Notenbank zur Senkung der Löhne“ schließen Sie mit der Feststellung, dass die Depression, die den Menschen in den USA aufgrund dieser neoliberalen Politik bevorsteht, die den Arbeitnehmern in den USA sagt, dass man ihre Löhne senken muss und sie arbeitslos sein müssen, um die Inflation zu stoppen. Sie weisen darauf hin:

Bidens Militärs und Beamte des Außenministeriums warnen, dass der Kampf gegen Russland nur der erste Schritt in ihrem Krieg gegen Chinas nicht-neoliberale Wirtschaft

ist und zwanzig Jahre dauern kann. Das ist eine lange Depression. Aber, wie Madeline Albright sagen würde, sie glauben, dass der Preis „es wert ist“.

Und Sie sprechen von einem neuen kalten Krieg gegen die sozialistische Wirtschaft in China und die staatlich gelenkte Wirtschaft in Russland. Sie sagen also nicht nur eine bevorstehende Depression voraus. Wir haben das in den Mainstream-Medien gesehen. Larry Summers sagte, dass eine Depression noch einige Jahre auf sich warten lassen könnte. Aber Sie sagen: Nein, es wird nicht nur eine Depression kommen, es wird eine lange Depression sein. Wir könnten 20 Jahre erleben.

Und im Grunde genommen sagen die US-Regierung und andere westliche Führer, wie Ursula von der Leyen von der EU, ihren Bevölkerungen: Schnallt den Gürtel enger, uns stehen Jahrzehnte der Depression bevor, weil wir als westliche Führung gemeinsam beschlossen haben, die Welt durch eine lange wirtschaftliche Depression zu zwingen, oder zumindest den Westen durch eine lange wirtschaftliche Depression zu zwingen, um zu versuchen, den Aufstieg Chinas und Russlands aufzuhalten.

Im Grunde genommen sagen sie ihren Bevölkerungen, dass sie den Gürtel enger schnallen sollen, und zwar jahrzehntelang, denn am Ende ist es den Preis wert, um den Zusammenbruch unserer Imperien zu verhindern.

Michael Hudson: Ja, das ist richtig. Wenn sie über privat-öffentliche Initiativen sprechen, dann sprechen sie über Pentagon-Kapitalismus. Das bedeutet, dass die Regierung Billionen von Dollar an private Unternehmen vergibt und sie bittet, Infrastruktur zu bauen.

Und wenn sie einen Hafen oder eine Straße in einem Land des Globalen Südens bauen, werden sie dies mit Gewinn betreiben, und es wird eine enorm teure Infrastruktur sein, denn um mit dieser Infrastruktur Geld zu verdienen, muss man den Preis zu den Produktionskosten ansetzen, was Pentagon-Kapitalismus ist, hyperinflationäre Preise; man muss Managementgebühren zahlen; man muss Gewinne zahlen; man muss Zinsen zahlen.

Im Gegensatz zu der chinesischen Art der Finanzierung als Eigenkapital. Die westliche Art der Finanzierung ist eine reine Fremdfinanzierung. China nimmt als Sicherheit für die Infrastruktur, die es bezahlt, eine Kapitalbeteiligung an dem Hafen oder an der Infrastruktur, die es im Rahmen des Belt and Road aufbaut.

Es besteht also ein Unterschied zwischen Eigenkapital und schuldenfreiem Eigentum: Wenn es sich die Zahlungen leisten kann, ist das in Ordnung; wenn es kein Einkommen erwirtschaftet, gibt es keine Dividende zu zahlen.

Oder man hat den Schuldenhebel, der dafür gedacht ist, dass die Regierung ihn nicht bezahlen kann, so dass die Regierung, die für die Schulden für all diese Infrastrukturen mitunterzeichnen wird, irgendwie gezwungen sein wird, ihre gesamte Bevölkerung zu besteuern, um die enormen Superprofite, die enormen Monopolrenten, die enormen Schuldenlasten von von der Leyens Margaret-Thatcher-Plan zu bezahlen.

Von der Leyen glaubt, dass sie mit Europa und Amerika das machen kann, was Margaret Thatcher mit England gemacht hat. Und wenn sie das tut, dann haben Amerika und Europa es verdient.

Benjamin: Da wir jetzt zum Schluss kommen, nur noch ein paar kurze Fragen.

Ich frage mich, ob wir nicht nur diese fundamentale Krise in den westlichen neoliberalen, finanzierten Volkswirtschaften sehen, sondern auch diese Blase, die geplatzt ist, oder zumindest diese Phase, die vorbei ist. Zumindest lese ich das so, und ich bin neugierig, ob Sie dem zustimmen. In den 1990er Jahren, auf dem Höhepunkt des so genannten goldenen Zeitalters des Neoliberalismus, ritt Bill Clinton auf dieser Welle, und es war das „Ende der Geschichte“, wie Francis Fukuyama unsinnigerweise vorausgesagt hat und so weiter.

Wie viel davon beruhte nicht nur auf diesem exorbitanten Privileg, wie die Franzosen es nennen, der Diktatur des US-Dollars? Wir sprachen darüber auf der Grundlage Ihres Buches *Superimperialismus*, wie die USA aufgrund der Dollar-Hegemonie dieses massive globale kostenlose Mittagessen erhielten. Wie viel davon war nicht nur Privileg, sondern auch Tatsache, dass die USA und Westeuropa in den 1990er Jahren und im ersten Jahrzehnt der 2000er Jahre Zugang zu sehr billigen Konsumgütern aus Asien und sehr billiger Energie aus Russland hatten?

Mir scheint, dass diese beiden Faktoren zu den wichtigsten Gründen gehören, warum dieses goldene Zeitalter des Neoliberalismus in den 1990er und frühen 2000er Jahren überhaupt möglich war. Es basierte auf dem Rücken von asiatischen Niedriglohnarbeitern und auf der Vorstellung, dass Russland auf Dauer, wie Obama es nannte, eine Tankstelle sein würde.

Nun, wir haben gesehen, dass sich die ostasiatischen Volkswirtschaften selbst aus der Armut befreit haben, insbesondere China hat die extreme Armut beendet und die Durchschnittslöhne deutlich erhöht.

Und jetzt hat der Westen natürlich Sanktionen gegen den Kauf russischer Energie verhängt, was die Energiekosten in der Welt massiv erhöht hat. Glauben Sie also, dass diese Blase oder dieser kurze Moment des Endes der Geschichte, das goldene Zeitalter des Neoliberalismus, nie mehr zurückkehren kann? Denn wenn es dem Westen nicht gelingt, die russische Regierung zu stürzen und eine neue Marionette wie Jelzin zu ernennen und die chinesische Regierung zu stürzen, scheint es, als ob das goldene Zeitalter der 1990er Jahre nie mehr zurückkehren wird.

Michael Hudson: Nun, Sie haben das Schlüsselement des goldenen Zeitalters ausgelassen: das ist militärische Gewalt und die Bereitschaft, jeden ausländischen Führer zu ermorden, der sich der US-Politik nicht anschließen will.

Benjamin: Natürlich.

Michael Hudson: Sie vernachlässigen, was Amerika Salvador Allende angetan hat; Sie vernachlässigen, wie Amerika Brasilien übernommen hat; Amerikas Einmischung und Kontrolle, und in Europa die groß angelegte Bestechung und Manipulation des politischen Systems Europas, um eine kriegsbefürwortende und umweltfeindliche Führung an die Spitze der deutschen Grünen Partei zu setzen, um jede sozialistische Partei in Europa mit rechten, neoliberalen Kräften zu besetzen.

Jede europäische sozialistische und Arbeiterpartei ist vor allem durch amerikanische Manöver und Einmischung in ihre Außenpolitik neoliberal geworden.

Es ist also diese Einmischung, die verhindern sollte, dass es eine alternative Wirtschaftsphilosophie gibt, die mit dem Neoliberalismus konkurriert.

Wenn Sie also vom Ende der Geschichte sprechen, was ist dann das Ende der Geschichte? Es bedeutet das Ende des Wandels. Es bedeutet Stopp; es wird keine Reformen geben; es wird keine Veränderung des neoliberalen Systems geben, das wir festgeschrieben haben. Und natürlich ist die einzige Möglichkeit, die Geschichte wirklich zu beenden, das, womit Biden droht: ein Atomkrieg, um die Welt in die Luft zu jagen.

Das ist das neoliberale Ende der Geschichte. Und es ist die einzige Möglichkeit für die Neoliberalen, die Geschichte wirklich zu beenden. Ansonsten können sie nur versuchen, jede Veränderung zu verhindern, die dem Festhalten an der neoliberalen Ordnung abträglich ist.

Das „Ende der Geschichte“ ist also eine Kriegserklärung an jedes Land, das seinen eigenen Weg gehen will. Jedes Land, das seine eigene Wirtschaft so aufbauen will, dass die Vorteile seines Wirtschaftswachstums im eigenen Land verbleiben und nicht an die globale Finanzklasse mit dem Zentrum in den USA und Großbritannien gehen.

Wir sprechen also davon, dass der Neoliberalismus immer eine kriegerische, implizit militärische Politik war, und das ist genau das, was wir heute im Stellvertreterkrieg der USA und der NATO in der Ukraine sehen.

Benjamin: Ja, sehr gut gesagt. Das ist die andere wichtige Zutat: der Sturz jeder Regierung, die eine Herausforderung darstellt, die zeigt, dass es eine Alternative gibt, um zu versuchen, die Maxime zu beweisen, dass etwas „alternativlos“ ist.

Michael Hudson: Ja.

Benjamin: Hier ist ein interessanter Kommentar von Christopher Dobbie: Er weist darauf hin, dass in Australien das Durchschnittsalter für den ersten Eigenheimbesitzer im Jahr 2001 bei 27 Jahren lag; jetzt liegt es bei 35 Jahren und steigt von Jahr zu Jahr weiter an.

Nun, in den letzten Minuten, Professor Hudson, hier eine weitere kurze Frage, die ich von jemandem auf patreon.com/multipolarista erhalten habe – die Leute können diese Sendung unterstützen. Einer meiner Gönner stellte diese Frage: Wem schadet es am meisten, wenn die Fed oder andere Zentralbanken die Zinssätze erhöhen? Den Menschen, den Durchschnittsverbrauchern oder den Unternehmen?

Sie sprachen vorhin davon, dass sich die US-Notenbank von anderen Zentralbanken unterscheidet, aber es ist eine Art offene Frage. Wem schadet eine Anhebung der Zinssätze mehr?

Michael Hudson: Nun, die Unternehmen werden sicherlich geschädigt, denn es bedeutet, dass jede Möglichkeit, einen produktiven Kredit zu bekommen, erhöht wird. Aber sie profitieren auch, denn wenn die Zinssätze hoch genug sind, lohnt es sich für Raubkonzerne nicht mehr, sich Geld zu leihen, um Unternehmen zu übernehmen und zu plündern, wie sie es in den 1980er Jahren getan haben.

Es geht also in beide Richtungen. Die Anhebung der Zinssätze hat den Geschäftsbanken einen Vorwand geliefert, die Zinskosten für Kreditkarten- und Hypothekenkredite zu erhöhen.

Die Erhöhung der Zinssätze hat es den Banken also ermöglicht, ihre Monopolgewinnspanne bei der Kreditvergabe zu erhöhen. Und das schadet natürlich den Menschen, die auf Bankkredite angewiesen sind, sei es für Hypotheken oder für Verbraucherschulden oder für jede Art von Kredit, den sie

aufnehmen wollen. Im Grunde genommen schadet eine Anhebung der Zinssätze den Schuldnern und kommt den Gläubigern zugute.

Und die Gläubiger zu begünstigen, hilft der Wirtschaft insgesamt sehr selten, denn die Gläubiger sind eigentlich immer das eine Prozent, die Schuldner sind die 99 Prozent.

Wenn man an Volkswirtschaften denkt und sich fragt, wie eine Volkswirtschaft profitiert, dann stellt man fest, dass man es mit einer Zweiteilung zu tun hat, wenn die Wirtschaft zu 1 Prozent aus Gläubigern und zu 99 Prozent aus Schuldnern besteht.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Gläubiger normalerweise die Regierung besetzen und behaupten, sie seien das Land. Und die 99 Prozent sind nicht sehr sichtbar.

Demokratie kann man sich nur leisten, wenn die Stimmabgabe der Bevölkerung überhaupt keinen Einfluss auf die Regierung hat, dass sie nur symbolisch ist. Sie können genau den Oligarchen wählen, den sie wollen, um ihr Land zu regieren. Das war seit Rom so, und das ist auch heute noch so.

Gibt es wirklich einen Unterschied zwischen den Republikanern und den Demokraten in Bezug auf ihre Politik? Wenn man dieselbe Zentralbankbürokratie, denselben Klumpen des Außenministeriums, denselben militärisch-industriellen Komplex, dieselbe Kontrolle der Wall Street hat, was bedeutet dann Demokratie in einer solchen Situation?

Die einzige Möglichkeit, das zu erreichen, was die Demokratie anstrebt, ist eine Regierung, die stark genug ist, um die Finanzinteressen zu kontrollieren, um das eine Prozent zu kontrollieren und im Namen der 99 Prozent zu handeln. Und genau das ist der Sozialismus.

Benjamin: Sehr gut gesagt! Hier ist eine weitere kurze Frage, die sich auf den Vorschlag einer Steuer auf Gewinnüberschüsse als Alternative zur Eindämmung der Inflation bezieht. Was halten Sie davon?

Michael Hudson: Nun, nur die kleinen Leute machen Gewinne. Wenn Sie ein Milliardär sind, wollen Sie keinen Gewinn machen, sondern im Wesentlichen Ihre gesamte Rendite in Form von Kapitalgewinnen einfahren. Dort liegt Ihr Geld.

Und die Art und Weise, wie Sie es vermeiden, einen Gewinn zu machen, besteht darin, dass Sie eine Offshore-Bank oder einen Gläubiger gründen und alle Ihre Gewinne in Form von Zinsen auszahlen, was eine Ausgabe ist. Sie geben all das aus, was eigentlich ein Einkommen ist. Und Sie weisen überhaupt keine Gewinne aus.

Ich glaube nicht, dass Amazon jemals einen Gewinn gemacht hat. Sie haben riesige, die größten Unternehmen, mit all den Kapitalgewinnen, haben keine Gewinne. Tesla ist eine gigantische Börsenpräsenz und macht keinen Gewinn.

Der Schlüssel sind also Kapitalgewinne, Finanzgewinne, Börsengewinne, Gewinne bei Immobilienpreisen, nicht verdientes Einkommen. Das ist das, was das kostenlose Mittagessen ausmacht.

Sie wollen verhindern, dass die Gewinne in Form von Zinsen ausgezahlt werden. Ich würde also die Gewinne erheblich steigern, indem ich sage, dass man Zinsen nicht als Betriebsausgaben absetzen kann. Es sind keine Betriebsausgaben. Es ist eine räuberische, parasitäre Ausgabe. Sie müssen also all dies als Gewinn deklarieren und dafür Zinsen zahlen.

Wenn man die Preise für seine Produktion von einem ausländischen Offshore-Bankzentrum aus festlegt, so dass man scheinbar keinen Gewinn macht, wie es Apple tut, das vorgibt, sein gesamtes Geld in Irland zu verdienen, kann man das nicht mehr tun. Sie müssen eine echte Rendite zahlen.

Der Berufsstand der Buchhalter hat also Gewinne im Wesentlichen steuerfrei gemacht. Wenn man also so tut, als würde man Geld verdienen, indem man Gewinne besteuert, vermeidet man es, über Kapitalgewinne und alle fiktiven niedrigen Gewinne zu sprechen, von denen man einfach vorgibt, dass sie keine Gewinne sind, wie Zinsen, Abschreibungen, Offshore-Erträge, Managementgebühren. All dies sollte als Gewinn gezählt und als solcher besteuert werden, so wie es schon zu Zeiten der Eisenhower-Regierung der Fall war.

Benjamin: Und schließlich die letzte Frage, Professor Hudson: Jemand fragte, ob die US-Regierung Länder in Afrika unter Druck setzt, keinen russischen Weizen zu kaufen. Und die USA behaupten natürlich, dass dieser Weizen angeblich aus der Ukraine gestohlen wurde.

Dieser Artikel, diese Schlagzeile in Newsweek, fasst es ziemlich gut zusammen: [U.S. Warns Starving African Nations to Not Buy Grain Stolen by Russia](#) Auch dieser „Diebstahl“ ist nur eine Behauptung der USA.

Aber Sie haben eine wirklich gute Kolumne darüber auf Ihrer Website [michael-hudson.com](#): [Is US/NATO \(with WEF help\) pushing for a Global South famine?](#)

Ich weiß, dass dies ein langer Diskussionspunkt sein könnte; es könnte das gesamte Interview sein. Und ich weiß, dass Sie bald gehen müssen. Aber abschließend würde ich gerne wissen, was Sie dazu sagen können. Die Vereinten Nationen selbst haben vor einer Hungersnot gewarnt, insbesondere in den Ländern des Globalen Südens.

Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach die neoliberale Politik und die westlichen Sanktionen bei der Verschärfung dieser möglichen Krise?

Michael Hudson: Nun, die reichsten Familien der Welt fuhren früher jedes Jahr, jetzt alle paar Jahre, nach Davos, zum Davoser Weltwirtschaftsforum von Klaus Schwab. Und sie sagen, die Welt ist überbevölkert; wir müssen etwa 2 Milliarden Menschen verhungern lassen, vorzugsweise in den nächsten ein oder zwei Jahren.

Es ist also so, als hätten sich die reichen Familien zusammengesetzt und gesagt: Wie können wir die Bevölkerung ausdünnen, die wir, das eine Prozent, eigentlich nicht brauchen?

Und in ihrer gesamten Politik ist es so, als ob sie beschlossen hätten, dem Weltwirtschaftsforum zu folgen und die Weltbevölkerung absichtlich schrumpfen zu lassen, insbesondere in Afrika und Lateinamerika. Vergessen Sie nicht, dass es sich bei den Mitgliedern des Weltwirtschaftsforums um Weiße handelt, und das ist ihre Vorstellung davon, wie man das Gleichgewicht aufrechterhalten kann.

Sie reden immer vom „Gleichgewicht“, und das Gleichgewicht wird für Länder gelten, die es sich nicht leisten können, ihre eigenen Nahrungsmittel anzubauen, weil sie ihr Geld in Plantagenkulturen und Baumwolle gesteckt haben, um sie an den Westen zu verkaufen, anstatt sich selbst zu ernähren – sie werden einfach verhungern müssen, um zum weltweiten „Gleichgewicht“ beizutragen.

Benjamin: Und wenn wir schon beim Thema Weltwirtschaftsforum sind, sollte ich wohl noch kurz hinzufügen – wir haben schon ein wenig darüber gesprochen, aber es wäre nachlässig, es nicht zu erwähnen –, dass es interessant ist zu sehen, wie die Rechten das Weltwirtschaftsforum aufgegriffen haben und anfangen, es stark zu kritisieren.

Offensichtlich ist es kritikwürdig. Es ist eine schreckliche neoliberale Institution, die die westliche Kapitalistenklasse repräsentiert. Aber wir haben sogar gesehen, dass Glenn Beck, der Rechtsaußen und ehemalige Moderator von Fox News, ein Buch über den Great Reset und das Weltwirtschaftsforum veröffentlicht hat.

Könnten Sie kurz auf die Idee eingehen, dass das Weltwirtschaftsforum eine Art „sozialistische“ Organisation ist? Offensichtlich ist es das genaue Gegenteil. Aber was sagen Sie diesen Konservativen, die eine rechte Kritik am Weltwirtschaftsforum üben und meinen, es sei insgeheim sozialistisch und Biden sei ein Sozialist?

Michael Hudson: Sie betrachten jede Regierungs- oder Führungsmacht als sozialistisch und machen keinen Unterschied zwischen Sozialismus und Oligarchie. Die Frage ist, ob die Regierungsgewalt rechts oder links sein kann. Zu sagen, dass jede Regierungsgewalt sozialistisch ist, ist einfach eine Herabsetzung des Wortes.

Wie ich bereits erwähnt habe, sind jedoch fast alle europäischen „sozialistischen“ Parteien neoliberal. Tony Blair war der Vorsitzende einer Partei, die sich selbst die britische Labour Party nannte. Gordon Brown war der Vorsitzende der britischen Labour-Partei. Neoliberaler und oligarchischer kann man nicht sein. Und deshalb sagte Margaret Thatcher, ihr größter Erfolg sei die Erschaffung von Tony Blair gewesen.

In Frankreich gibt es das Gleiche, die französischen „Sozialisten“ sind am rechten Rand des Spektrums angesiedelt. Die griechische „sozialistische“ Partei steht am rechten Rand des Spektrums. Überall auf der Welt gibt es „sozialistische“ Parteien, die neoliberalisiert werden.

Was bedeutet also das Wort Sozialismus? Sie werden über die Etiketten hinausgehen und das Wesentliche herausfinden wollen. Und die Frage ist, in wessen Interesse die Regierung geführt werden soll. Wird sie für das eine Prozent oder die 99 Prozent geführt werden?

Und die Rechten wollen sagen, dass das eine Prozent sozialistisch sein kann, weil sie die Regierung übernehmen und das ist die große Regierung, und wir sind dagegen.

Nun, die Rechten übernehmen die Regierung, aber das ist nicht wirklich das, was die Welt vor einem Jahrhundert unter Sozialismus verstand.

Benjamin: Ja, sehr gut gesagt. Ich muss immer lachen, wenn ich diese Kritik der Rechten am Weltwirtschaftsforum sehe. Ich meine, das Weltwirtschaftsforum ist die Verkörperung des Kapitalismus. Es ist die Gruppe der Elite-Kapitalisten, die zusammenkommen, um darüber zu sprechen, wie sie die Arbeiterklasse ausbeuten und die Weltwirtschaft im Namen des westlichen Kapitals monopolisieren können.

Es gibt also noch viele Fragen, aber ich weiß, dass Sie gehen müssen, und wir sind schon bei anderthalb Stunden. Ich möchte mich bei allen bedanken, die mitgemacht haben. Wir haben jetzt 1200 Zuschauer, das ist eine wirklich gute Resonanz.

Professor Hudson, Sie sind sehr beliebt. Sie sollten Ihren eigenen YouTube-Kanal einrichten. Vielleicht können wir darüber reden, denn jedes Mal, wenn ich Sie einlade, erhalte ich eine erstaunliche Resonanz. Und hoffentlich können wir das in Zukunft wieder öfter machen.

Abgesehen davon, dass die Leute auf Ihre Website michael-hudson.com gehen, gibt es noch etwas, das Sie uns mitteilen möchten, bevor wir schließen?

Michael Hudson: Nun, das Buch, das ich gerade geschrieben habe, *The Destiny of Civilization* (Das Schicksal der Zivilisation), handelt genau von dem, worüber wir gesprochen haben. Es handelt von der Spaltung der Welt zwischen Neoliberalismus und Sozialismus. Das Buch wurde gerade veröffentlicht und ist bei Amazon erhältlich. Und ich habe zwei weitere Bücher, die in Kürze erscheinen werden.

Benjamin: Ja, für alle, die es interessiert: Ich habe vor ein paar Wochen hier bei Multipolarista ein [Interview mit Professor Hudson](#) über sein neues Buch „The Destiny of Civilization: Finanzkapitalismus, Industriekapitalismus oder Sozialismus“ geführt.

Und natürlich kann jeder, der diese Sendung unterstützen möchte, dies auf patreon.com/multipolarista tun. Und wie immer wird dies als [Podcast verfügbar](#) sein, falls Sie sich das Interview noch einmal anhören wollen. Ich werde mir dieses Gespräch auf jeden Fall noch einmal anhören. Sie können es das überall finden, wo es Podcasts gibt.

Professor Hudson, es ist mir immer ein Vergnügen. Vielen Dank, dass Sie sich mir angeschlossen haben.

Michael Hudson: Ich habe die Diskussion genossen.

Benjamin: Und wie ich bereits zu Beginn sagte, ist es für mich wirklich immer ein Privileg, denn ich halte Sie für einen der größten lebenden Wirtschaftswissenschaftler. Ich fühle mich also immer sehr privilegiert, wenn ich die Gelegenheit habe, Ihnen all diese Fragen zu stellen.

Und ich möchte allen danken, die kommentiert, zugehört und zugehört haben. Ich sehe Sie alle beim nächsten Mal.